

FBP-TERMINE

Nominationsversammlung der FBP Triesenberg am 28.11.

TRIESENBERG – Die Einwohnerinnen und Einwohner von Triesenberg sind herzlich eingeladen, am Donnerstag, den 28. November der Nomination der Gemeinderatskandidaten der FBP Triesenberg beizuwohnen. Die Nominationsveranstaltung findet im Restaurant Edelweiss statt und beginnt um 19.30 Uhr.

Vorstand der FBP-Ortsgruppe Triesenberg

Nominationsversammlung der FBP Gamprin am 1. Dezember

GAMPRIN – Zur Nomination der Gemeinderäte lädt die Ortsgruppe der FBP Gamprin-Bendern herzlich ein. Die Versammlung findet am Sonntag den 1. Dezember um 17 Uhr im Mehrzweckraum des Vereinshauses Gamprin statt. Die Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitarbeit in unserer Gemeinde verdient unsere volle Anerkennung. Mit dem Besuch unserer Nominationsversammlung unterstützt Ihr unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat. Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

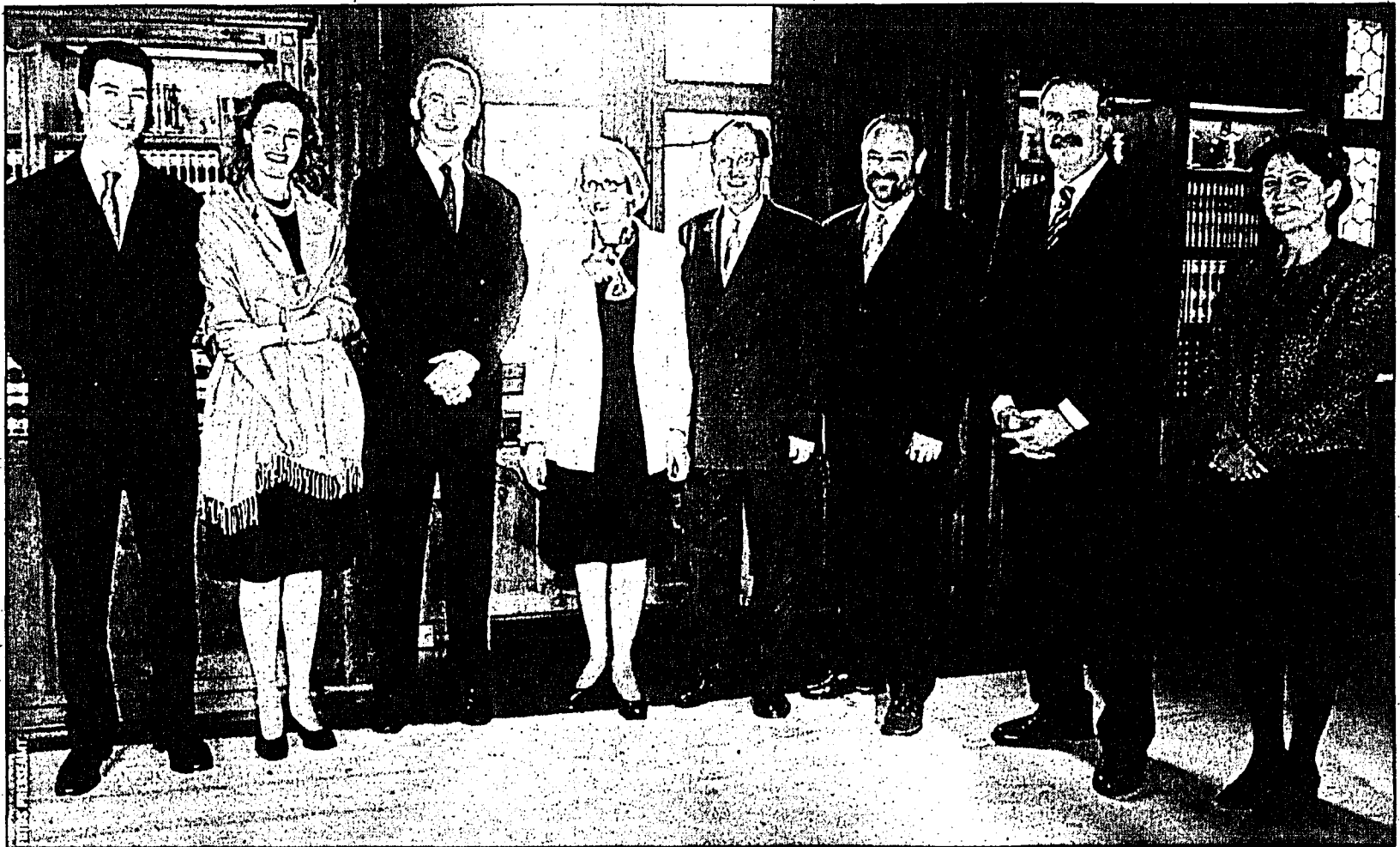
Vorstand der FBP-Ortsgruppe Gamprin-Bendern

Nominationsversammlung der FBP Mauren am 2. Dezember

MAUREN – Der Vorstand der FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner recht herzlich zur Nominationsversammlung ein, die am Montag, den 2. Dezember 2002 im Gemeindefaal Mauren stattfindet. Die Veranstaltung wird um 19.30 Uhr mit einem Überraschungs-Apéro eröffnet, die offizielle Versammlung mit der Nomination des Vorsteherkandidaten und des vollzähligen Gemeinderatsbeginnt um 20.00 Uhr. Das Kandidatinnen- und Kandidatenteam für die Gemeinderatswahl 2003, eine ideale Mischung aus bewährten und neuen Kräften, wird an der Versammlung auf attraktive Art und Weise vorgestellt. Im Anschluss an den offiziellen Teil besteht beim gemütlichen Beisammensein ausreichend Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit allen Nominierten. Die Ortsgruppenleitung freut sich auf zahlreichen Besuch. FBP Mauren-Schaanwald

Bestes Einvernehmen

Bundesrat Joseph Deiss in Vaduz



Empfang auf Schloss Vaduz (v.l.): Erbprinz Alois, Erbprinzessin Sophie, Landesfürst Hans-Adam II., Elisabeth und Joseph Deiss, Ernst Walch, Regierungschef Otmar Hasler und Margrit Walch.

VADUZ – Der gestrige Arbeitsbesuch von Bundesrat Joseph Deiss stand ganz im Zeichen der unter der jetzigen Regierung intensivierten freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder.

Im Rahmen seines Arbeitsbesuchs stattete Joseph Deiss Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab.

In Anschluss an das Arbeitsgespräch und die Medienkonferenz wurde der hohe Gast von Landesfürst Hans Adam II. sowie dem Erbprinzenpaar auf Schloss Vaduz empfangen.

Schüssels Telefonanruf

Die einzige ausserplanliche «Störung» des Besuchsprogramms bildete während der Medienkonferenz ein Anruf des österreichischen Wahlsiegers Wolfgang Schüssel. Schüssel bedankte sich bei Walch für die bereits am Sonntagabend übermittelten Glückwünsche der liechtensteinischen Regierung. Ernst Walch betonte, dass Schüssel ein grosser Freund Liechtensteins sei, deshalb würde er sich sehr über seinen Wahlsieg freuen. Auch Joseph Deiss äusserte sich erfreut über den Erfolg der ÖVP.

(mf) Herzliche Begrüssung: Joseph Deiss und Regierungschef Otmar Hasler.



Zahlstellenprinzip als Lösungsansatz

EU-Zinsertragssteuer: Suche nach gleichwertigen Massnahmen in Drittstaaten

VADUZ/BRÜSSEL – Bei den Verhandlungen der EU mit Drittstaaten wie Liechtenstein und der Schweiz geht es gemäss Feira-Beschluss des EU-Ministerrats vom Sommer 2000 um Massnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen Besteuerung von Zinserträgen von EU-Bürgern, die gegenüber der von der EU geplanten Zinsbesteuerungs-Richtlinie gleichwertig ist.

• Martin Frommelt

Gemäss der vorgesehenen Richtlinie sollen Zinszahlungen an natürliche Personen mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat an die Behörden des Wohnsitzstaates gemeldet werden. Dies erlaubt einerseits die Besteuerung durch diesen Staat, andererseits würde dies aber eine Einschränkung des in gewissen Mitgliedstaaten geltenden Bankgeheimnisses nach sich ziehen.

Deswegen ist vorgesehen, dass Österreich, Belgien und Luxemburg während einer Übergangsfrist von sieben Jahren keine Informationen weiterleiten müssen, sondern nur eine Quellensteuer erheben.

Zahlstellensteuer

Kernstück des in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU vorgesehenen Lösungskonzepts, das auch für Liechtenstein denkbar wäre, ist ein Steuerrückbehalt (Zahlstellensteuer). Bei einer Quellensteuer nach dem Zahlstellenprinzip wird die Steuer bei der Bank erhoben, welche die Zinsen an den Gläubiger auszahlt.

Die Schweiz wäre bereit, den von der EU für sich selbst gewählten Steuersatz bis hinauf zu 35 Pro-

zent zu übernehmen. Dieser Rückbehalt bewirkt eine automatische Besteuerung der betroffenen Zinserträge zu Gunsten der EU-Mitgliedstaaten. Die Verhandlungen betreffen zudem die Möglichkeit, dass ausländische Bankkunden selber zwischen dem Steuerrückbehalt und einer Meldung an die Steuerbehörden wählen können.

Festhalten an Bankgeheimnis

Die Forderungen der EU bezüglich Informationsaustausch gehen

jedoch nach wie vor klar über den Spielraum der Schweiz hinaus, die ebenso wie Liechtenstein an der Wahrung des Bankgeheimnisses festhalten will. Die offerierte Zahlstellensteuer ist nach Ansicht des Schweizer Bundesrates «eine grosszügige und problemlösende Antwort auf das von der EU geltend gemachte Anliegen». Durch diese Lösung soll verhindert werden, dass in der Schweiz oder Liechtenstein Geschäfte angezogen werden, die darauf ausgerichtet sind, die geplante EU-Regelung zu umgehen.

Beschluss noch fraglich

Bei der Frage, ob die EU ihre Zinsbesteuerungsrichtlinie wie geplant erlassen will, wird sie gemäss Feira-Beschluss die Gleichwertigkeit der mit den Drittstaaten, darunter auch die USA, angestrebten Vereinbarungen zu bewerten haben. Da der definitive EU-Entscheid einstimmig erfolgen muss, könnte die Richtlinie am Einspruch eines einzigen EU-Mitgliedstaates scheitern. Ein solcher Einspruch wäre von Seiten Grossbritanniens (mit den als Finanzzentren bekannten Kanalinseln und der Isle of Man) denkbar.



Gleiche Haltung zur EU-Zinsbesteuerung: Der Schweizer Bundesrat Joseph Deiss und Liechtensteins Aussenminister Ernst Walch.

VERFASSUNG

Diskussionsarena in Vaduz

VADUZ – Am Montag, den 9. Dezember findet um 19.30 Uhr die Diskussionsarena zur Verfassung in der Mehrzweckhalle Spörry in Vaduz statt. Das Organisationskomitee, dem die Fortschrittliche Bürgerpartei, die Vaterländische Union, die Freie Liste, Frauen in guter Verfassung, Demokratiesekretariat, Gruppe Wilhelm Beck und der Arbeitskreis für Demokratie und Monarchie angehören, lädt die Bevölkerung herzlich ein, dieser Diskussionsveranstaltung beizuwohnen. Befürworter und Gegner werden über den Inhalt der Fürsteninitiative diskutieren. Das Publikum wird Gelegenheit haben, Fragen und Voten an das Podium zu richten. Unter den Diskussionsteilnehmern wird sich auch Regierungschef Otmar Hasler befinden. Die weiteren Diskussionsteilnehmer werden zu einem späteren Zeitpunkt benannt. Das Organisationskomitee

ANZEIGE



DEGUSTATION

28./29./30.11.2002
Do./Fr. 17 bis 21 Uhr
Sa. 13 bis 17 Uhr

RITTER WEINE